

Freiburger Nachrichten

Heute Grossauflage – 40 489 Exemplare

A.Z. 1700 Freiburg 1
151. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält
2,5% MWST

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

DONNERSTAG, 20. FEBRUAR 2014

Nr. 42

KOMMENTAR



Christoph Nussbaumer

Mit Beharrlichkeit zum Lottosechser

Umsatz für die Bauwirtschaft, ganzjähriger Betrieb auf dem Areal der ehemaligen Armeekaserne, neues Leben in Schwarzsee: Der Zuschlag des Bundes für die Einrichtung eines Ausbildungszentrums für Zivildienstleistende ist für den Sensebezirk und vor allem für das Oberland wie ein Sechser im Lotto. Die bisherige Nutzung durch Armee und durch die Ferienlager der belgischen Organisation Intersoc ist mehr als kompensiert. Im Grossen Rat darf der nötige Kredit für die Sanierung der Gebäude deshalb kein Problem darstellen.

Die Beharrlichkeit des Justiz- und Sicherheitsdirektors Erwin Jutzet, der Gemeindebehörden und aller übrigen Beteiligten hat sich ausbezahlt. Seit Jahren war die Umnutzung der Kaserne Schwarzsee ein Thema. Nun ist das Projekt auf der Zielgeraden. Dieser Erfolg zeigt, dass es möglich ist, mit der nötigen Überzeugung Neues zu schaffen. Er zeigt auch, dass Schwarzsee nach wie vor das Potenzial besitzt, um dem örtlichen Gewerbe eine Lebensgrundlage zu bieten. Es braucht dieses Bewusstsein, um Schwarzsee auf lange Frist in seiner heutigen Form erhalten zu können.



Ab 2016 werden Zivildienstleistende aus der ganzen Schweiz in der Militärkaserne in Schwarzsee geschult.

Bild Aldo Filina

Die Zukunft der Kaserne ist gesichert

In der Kaserne **Schwarzsee** entsteht ein Ausbildungszentrum für Zivildienstler. Der Vertrag ist unterschrieben; nun muss der Grosse Rat 30 Millionen Franken für den Umbau bewilligen.

SCHWARZSEE Am Mittwoch hat Staatsrat Erwin Jutzet die Zusage bekommen: In der Militärkaserne Schwarzsee werden ab dem 1. Januar 2016 jährlich über 11 000 Zivildienstleistende geschult, verköstigt und beherbergt. Der Bund zahlt dem Kanton Freiburg dafür zwei Millionen Franken Miete pro Jahr. Diese Einnahmen bieten eine gute Basis für die Pläne,

die der Kanton als Besitzer für die Neuausrichtung der Kaserne hat. Vorgesehen ist ein Sport- und Freizeitzentrum, in dem Schulen und Vereine ihre Lager und Kurse abhalten können. Bevor diese Pläne aber umgesetzt werden können, müssen die Gebäude saniert und umgebaut werden. Das kostet gemäss Erwin Jutzet rund 30 Millionen Franken. Er

will dem Grossen Rat den Kredit im kommenden Mai vorlegen. Nur so reicht die Zeit für die nötigen Bauarbeiten.

Wirtschaftliches Potenzial Der Sicherheits- und Justizdirektor geht nicht davon aus, dass das Projekt von politischer Seite her grossen Widerstand zu erwarten hat. Denn er habe die Idee schon öfters vor-

gebracht, und die Reaktionen seien stets positiv gewesen. Auf wenig Opposition seitens der Grossräte hofft auch Otto Löttscher. Der Ammann von Pfaffenlen ist froh über diese Lösung. Er sieht darin ein grosses wirtschaftliches und touristisches Potenzial für die Region, aber auch für den ganzen Kanton Freiburg. *im/ak*
Bericht Seite 5

Schlagzeilen

Kanton
Parlament sagt Nein zur Burka und Ja zum Kopftuch in Schulen.
Seite 3

Schweiz
Der Bundesrat will die präventive Spionage erlauben.
Seite 25

Ausland
EU und USA reagieren mit Sanktionen auf Gewalt in der Ukraine.
Seite 29

Letzte Seite
Schiffbrüchiger trieb 13 Monate auf See, jetzt kann er nach Hause.
Seite 32

Wetter
Unten Nebel, oben viel Sonnenschein, weiterhin mild.



Seite 32

Zitat des Tages

«Es wäre schön gewesen, um Gold zu spielen.»

Mirjam Ott, Skip der Schweizer Curleerinnen
Seite 18

Inhalt

Todesanzeigen	10, 12
TV/Radio	14
Forum/Agenda	15
Lottozahlen	21
Kinos	30

Redaktion: Tel. 026 426 47 47
Fax 026 426 47 40
Abonnemente: Tel. 026 347 30 00
Inserate: Tel. 026 347 30 01
Fax 026 347 30 19



Reklame

Kein Fest ohne

HOSTETTLER
für Sie & Ihn
Riggisberg Tel. 031 888 14 14
Bern Tel. 031 802 14 14
www.hostettler-made.ch



Bildungswesen

Staatsrat steht auf die Bremse

FREIBURG Der Staatsrat hat gestern ein Programm mit Sparmassnahmen im Bildungswesen vorgestellt. Die Massnahmen ergänzen das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm von 2013, um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Durch den steten Anstieg der Freiburger Schülerzahlen beschränken sich die Einsparungen darauf, den Per-

sonalanstieg zu dämpfen. Statt 112 neuen Stellen sollen nächstes Jahr nur 70 bewilligt werden. Erreichen will der Staatsrat dies im Wesentlichen durch eine bessere Steuerung der Klassengrössen auf Primarschul- (Bild Botzet-Schulhaus) und Gymnasialstufe. Das Projekt geht nun in die Vernehmlassung. *uh/Bild ca/a*
Bericht Seite 2

Patrizia Kummer souverän zu Gold

Gold für Patrizia Kummer, Silber für Nevin Galmarini: Bei den Olympischen Winterspielen hatten die Schweizer Alpin-Snowboarder gestern ihre grossen Auftritte.

SOTSCHI Die Snowboarderin Patrizia Kummer hat im Parallel-Riesenslalom die Goldmedaille gewonnen. Die 26-jährige Walliserin wurde ihrer Favoritenrolle gerecht und zeigte als einzige FahrerIn in allen Läufen keine Schwäche. Während der Sieg von Kummer erwartet werden konnte, stellte der Gewinn der Silbermedaille von Nevin Galmarini eine Überraschung dar. Der 27-jährige Engadiner zog erst im Final gegen den Russen Vic Wild den Kürzeren.

Dank dem neuerlichen Edelmetall-Segen hat die Schweizer Olympia-Delegation ihre ausgezeichnete Bilanz von Vancouver 2010 bereits jetzt übertroffen. Im aktuellen Medaillenspiegel steht die Schweiz mit sechs Gold-, drei Silber- und einer Bronzemedaille an sechster Stelle. *ms*
Berichte Seite 19



Die strahlende Siegerin Patrizia Kummer.

Bild Klotz

Der Staatsrat ergrift Massnahmen, um im **Unterrichtswesen** den Personalanstieg unter Kontrolle zu bringen. Statt 112 neuen Vollzeitstellen will er ab 2015 bloss einen Anstieg um 70 Einheiten genehmigen. Die Einsparungen sollen zum Teil über grössere Klassen, zum Teil über die Bezahlung des Lehrkörpers erfolgen. Längerfristig steht ein dreijähriges Gymnasium zur Debatte.

Die Schulen müssen Opfer bringen

URS HAENNI

Das kumulierte Staatsdefizit für die beiden Jahre 2015 und 2016 drohte gemäss einem ursprünglichen Finanzplan eine halbe Milliarde Franken zu erreichen. Mit den im Herbst genehmigten Struktur- und Sparmassnahmen ist eine Entlastung um 300 Millionen Franken möglich – doch das reicht immer noch nicht: Nun stellt der Staatsrat zusätzliche Sparmassnahmen für das Bildungswesen vor. Konkret präsentierte er gestern 14 kurzfristige Massnahmen, um den Personalanstieg zu bremsen (siehe Kasten). Sie gehen nun in eine zweimonatige Vernehmlassung. Der Staatsrat kann die Massnahmen dann in eigener Kompetenz umsetzen.

40 neue Stellen einsparen

Bereits im letzten Jahr hatte der Staatsrat darauf hingewiesen, dass im Unterrichtswesen zusätzliche Massnahmen notwendig sind. Er vertrat jedoch die Ansicht, dass dies auf keinen Fall zulasten der Qualität im Unterricht gehen soll, weshalb er zusätzliche Abklärungen vornehmen liess. Gemäss jüngsten Berechnungen würden für das Schuljahr 2015/16 112 neue Vollzeitstellen im Unterrichtswesen nötig. Der Staatsrat will diesen Anstieg auf 70 Stellen beschränken.

Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Erziehungsdirektion stellte fest, dass der Personalbedarf bei den Schulen im Vergleich zum ursprünglichen Finanzplan gar noch angestiegen ist. Darin war von rund 80 zusätzlichen Stellen pro Jahr die Rede gewesen.

Wenn nun der jährliche Anstieg auf 70 Einheiten plafoniert wird, so führen die Massnahmen nicht zu einem Abbau der Unterrichtsstellen, schreibt der Staatsrat in seinem Bericht: «Bestehende Stellen sollten im Prinzip nicht gestrichen werden.»

Der Staatsrat betont in seinem Bericht, dass die Opfer-



Der Staatsrat sieht bei den Klassengrössen an Primarschulen (Bild Murten) ein Sparpotenzial.

Bild Corinne Aeberhard/a

symmetrie auch im Bildungsbereich als Leitlinie dient. Er ist sich bewusst, dass die Lehrpersonen bereits durch die 2013 genehmigten Lohnmassnahmen wie alle anderen Angestellten des Staats betroffen sind und dass bereits erste Massnahmen im Schulwesen eingeleitet sind.

Drei Jahre bis zur Matur?

Da auf die Bildung mehr als ein Drittel des staatlichen Aufwands entfällt (1,7 Milliarden Franken), hält es die Regierung für «vertretbar und zumutbar», dass die Schulen einen zusätzlichen Beitrag zur Sanierung der Kantonsfinanzen leisten. Sie achtet auch auf eine Opfersymmetrie innerhalb des Schulwesens.

Die Massnahmen betreffen alle Schulstufen. Bei der Primarschule setzt die Regierung

auf eine flexiblere Handhabung bei der Klassengrösse. Auf Mittelschulstufe will er mehr Flexibilität bei der Organisation und Einteilung von Klassen. Schliesslich ist auch die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer ein Thema. Zwar senkt der Staatsrat die Grundlöhne nicht, hingegen werden Funktionen neben dem eigentlichen Unterrichten zeitlich reduziert honoriert.

Die rein finanziellen Auswirkungen dieser Massnahmen sind auf 2,36 Millionen Franken beziffert und reichen für das finanzielle Gleichgewicht im Kanton nicht aus. Deshalb sind auch längerfristige Massnahmen nötig. Derzeit steht im Raum, die Gebühren für Fachhochschulen zu erhöhen, zudem prüft der Staatsrat eine Verkürzung der Studiendauer bis zur Maturität auf drei Jahre.

Massnahmen

Flexibilität bei Klassenbeständen

14 Massnahmen sollen zu einer Kostendämpfung im Bildungswesen führen: Auf **Primarstufe** wird ein Spielraum von fünf Schülern pro Schule geschaffen, bevor neue Klassen eröffnet werden. Auf der **Sekundarstufe 2** (Mittelschulen) reduziert sich die Entlastung einer Klassenlehrperson um eine halbe Stunde. Lehrpersonen, die als Experten funktionieren, werden nicht mehr doppelt entschädigt; die Expertentätigkeit kommt ins Pflichtenheft. Bei Schwerpunktfächern steigt die durchschnittliche Klassengrösse von 16 auf 17 Schüler. Nach dem ersten und dem zweiten Mittelschuljahr können Klassen neu zusammengesetzt

werden, wenn sie durch Abgänge zu klein sind. Für Fächer, die im Abschlussjahr nur bis Mai stattfinden, wird die Honorierung der Lehrer gekürzt. Bei kleinen Klassen reduziert sich die honorierte Stundenzahl. Fächer mit wenig Schülern finden nur noch an einem Kollodium statt. Der Sportunterricht an der **Handelsmittelschule** wird um eine Lektion gekürzt. Bei der **Berufsfachschule** wird die Expertentätigkeit neu geregelt; für die Berufsmaturität soll es eine Aufnahmeprüfung geben, und die Funktion der Fachverantwortlichen wird überprüft. Beim **Institut Gran Genève** wird eine Stellenaufstockung verschoben. uh

Staatsrat: Qualität soll nicht leiden

Der Staatsrat hat gestern die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, die Gewerkschaften und die Gemeinden über die geplanten Sparmassnahmen im Bildungsbereich informiert. «Die Reaktionen waren geteilt», so Präsident Beat Vonlanthen gegenüber den FN. «Die Kommission hat mehr Einsparungen erwartet, für die Gewerkschaft Fede hingegen geht das Programm zu weit.»

Vonlanthen betonte aber, dass der Staatsrat geschlossen hinter den Massnahmen steht. Der Bericht der Arbeitsgruppe sei schon im November vorgelegen, aber durch den Amtsantritt von Jean-Pierre Siggen und die Erkrankung Erwin Jutzets habe es Verzögerungen gegeben. Der Staatsrat werde nach der Vernehmlassung nochmals den Kontakt mit den Partnern suchen; die Umsetzung ist auf das Schuljahr 2015/16 geplant.

Der neue Erziehungsdirektor Jean-Pierre Siggen sagte, sein Input in der kurzen Amtszeit habe speziell der Qualität des Unterrichts gegolten. Er ist der Meinung, dass dies mit dem Programm gewährleistet sei. Die grösste Gefahr bei der Qualität des Unterrichts sieht er in den Klassengrössen. «Freiburg hat bereits heute im Schnitt recht grosse Klassen.» Es müsste in jedem Schulkreis der Einzelfall angeschaut werden.

Am meisten Widerstand gegen das Programm erwartet er bei den Gymnasiallehrern, die durch eine Reduktion der angerechneten Stunden mit Saläreinbussen rechnen müssen. Er weist aber darauf hin, dass bei Expertenfunktionen die Lehrerinnen und Lehrer bisher doppelt bezahlt wurden, und das sei aufzuheben. uh

«Das alles für nur vier Millionen Franken»

Die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte sind alles andere als begeistert von den Sparmassnahmen, die der Freiburger Staatsrat ihnen gestern vorgestellt hat. Sie wehren sich vor allem gegen grössere Schulklassen und gegen tiefere Lehrerlöhne.

NICOLE JEGERLEHNER

«Es ist nicht korrekt, das Bildungswesen ein weiteres Mal so zu tangieren», sagt Jacqueline Häfliger. Die Präsidentin des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburgs kritisiert, dass der Staatsrat unter anderem auf der Primarstufe grössere Schulklassen bilden will, um so Arbeitsstellen einzusparen. «Wir haben schon heute grosse Klassen», sagt Häfliger den FN; die Grösse der Freiburger Primarklassen liege über dem Schweizer Durchschnitt. «Solche Massnahmen greifen die Bildungsqualität an.»

«Nicht annehmbar» sind laut Häfliger die Sparmassnah-

men auf der Sekundarstufe II: «Da wird der Lohn tangiert.»

Neuer Hemmschuh

Häfliger kritisiert auch, dass Jugendliche, die eine Ausbildung zum Berufsmatur absolvierten wollen, eine Zulassungsprüfung ablegen sollen. «Statt einen neuen Hemmschuh zu installieren, sollte der Staatsrat besser fragen, warum so viele Lernende die Ausbildung für Berufsmatur abbrechen.» Häfliger geht davon aus, dass dies eher an den Lehrmeistern denn an den Lernenden liegt.

Häfliger sieht im Sparpaket aber durchaus auch Massnahmen, die umsetzbar sind: So betrachtet sie es als sinnvoll,

dass gewisse Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer nur an bestimmten Kollegien angeboten werden und nicht mehr

«Nach dem ersten Sparpaket tendiert unsere Toleranz für ein erneutes Sparpaket gegen null.»

Bernard Fragnière
Präsident Fede

überall – so dass eine genügend grosse Anzahl von Interessierten in einer Klasse zusammengefasst werden kann.

Erstaunt zeigt sich die Präsidentin des Verbands der Leh-

rerinnen und Lehrer Deutschfreiburgs darüber, dass die Pädagogische Hochschule Freiburg nicht mitsparen muss. «Dort steigen die Studentenzahlen und damit die Lehrstellen ja auch an.»

Mehr Schaden als Nutzen?

Insgesamt ist Häfliger erstaunt über die kleine Summe, die eingespart werden soll: «Das alles für nur vier Millionen Franken.» Der Staatsrat richte mit seinem Sparpaket mehr Schaden an, als dass er Geld einspare.

Gaëtan Emonet vom französischsprachigen Lehrerverband findet auf Anfrage, das Sparpaket dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen

werden. «Einige Massnahmen haben sogar schwerwiegende Auswirkungen auf den Alltag der Lehrkräfte.» Noch gebe es viele offene Fragen. Klar sei aber: «Wir sind unzufrieden.» Die Lehrerinnen und Lehrer zahlten bereits an das Sparpaket, da sie wie die anderen Staatsangestellten weniger Lohn erhielten. «Nun sollen auch die Arbeitsbedingungen verschlechtert und der Lohn einiger Lehrer noch einmal angegriffen werden – das ist nicht akzeptierbar», sagt Emonet.

Das sieht auch Bernard Fragnière so; er ist Präsident der Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (Fede). Er fügt an: «Nach dem ers-

ten Sparpaket tendiert unsere Toleranz für ein erneutes Sparpaket gegen null.»

«Der Wille sinkt»

An vielen Schulen sei das Fuder schon sehr stark beladen: «Der Wille, noch mehr zu akzeptieren, sinkt mit jedem weiteren Sparvorschlag.» Fragnière befürchtet, dass die Qualität der Bildung im Kanton Freiburg mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen sinken wird.

Häfliger, Fragnière und Emonet sind sich einig: Nun müssen sich die Lehrkräfte und die Verbände zusammensetzen und genau analysieren, welche Massnahme sich wie auswirkt.

Ferien-Schulkalender bleibt bestehen

Nach dem zweiten Tag der Debatte über das neue **Schulgesetz** hat der Grosse Rat 34 Artikel erledigt. Einige Bestimmungen gaben gestern viel zu reden – namentlich die Ferienregelung und das Verschleierungsverbot für Schülerinnen. 75 zum Teil umstrittene Artikel stehen noch an.

FAHRETTIN CALISLAR

Der Schulkreis Murten hatte sich schon im Vorfeld dafür eingesetzt – gestern forderte der Murtner SP-Grossrat Hugo Raemy im Rahmen der Schulgesetzdebatte eine Loslösung des Ferienkalenders von katholischen Feiertagen. Vier Wochen zwischen Sport- und Frühlingsferien und dann er-müdende 14 Wochen durchgehender Unterricht, das könne nicht sein, so Raemy. «Ausgeglichenere Lernphasen sind unabdingbar.» Auch Herbstferien im November gingen nicht, pflichtete ihm Susanne Aebischer (CVP, Kerzers) bei. Ein Systemwechsel sei, so argumentierten mehrere Befürworter, für viele Eltern ein Segen, auch im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Christa Mutter (Grüne, Freiburg) sagte: «Die Kinder feiern die Feiertage. Sie müssen aber nicht eine Woche danach oder davor Ferien machen.» Ihr Heimatkanton Wallis sei durch eine ausgeglichene Ferienplanung nicht weniger katholisch geworden.

Die Gegner argumentierten mit der Bedeutung der religiösen Feste für die Freiburger Identität. Kommissions-sprecherin Yvonne Stempel (CVP, Guschelmueth) verwies zudem auf die vielen Feiertage zwischen Frühlings- und Sommerferien. Das reiche. 34 Grossräte unterstützten Raemys Antrag, 61 waren dagegen.

Religion als Schultradition

Es kam zu einem weiteren verbalen Schlagabtausch über Religion. Olivier Suter (Grüne, Estavayer-le-Gibloux) verlangte erfolglos, dass der Religionsunterricht zu Beginn oder am Ende des Schultages angesetzt werden solle. Dies, damit Kinder, die nicht daran teilnehmen, nicht betruet werden müssten. Gaëtan Emonet (SP,



Rund ein Drittel der Artikel des Schulgesetzes hat der Grosse Rat bisher unter Dach und Fach gebracht.

Bild Alain Wicht

Remaufens) verwies auf die vielen Kinder, die aus verschiedenen Gründen dem Religionsunterricht fernbleiben.

Suters Vorschlag war für Patrice Morand (CVP, Bulle) ein Angriff gegen die christliche Tradition im Kanton. «Wenn man sich seiner Wurzeln bewusst ist, kann man ein Herz haben für andere Religionen», sagte er. Stempel erinnerte die Grossräte an ihren Schwur auf die Kantonsverfassung. Sie schreibe den Religionsunterricht während der Schulzeit vor. Erziehungsdirektor Jean-Pierre Siggen (CVP) ergänzte, es sei an den Schulen und den

Kirchen, einen sinnvollen Stundenplan auszuarbeiten.

Keine Burka in den Schulen

Überraschend und knapp schrieb der Grosse Rat gestern ein Verschleierungsverbot im Schulgesetz fest. Niemand darf laut einem Antrag von Didier Castella (FDP, Pringy) mit bedecktem Gesicht in die Schule kommen. Er warnte vor Ganzkörperverschleierungen wie der Burka; sie seien Instrumente der Unterdrückung und haben keinen Platz in unserer Schule. Er mahnte aber auch zur Vorsicht: Zu weit dürfe man wegen der unklaren

Rechtslage nicht gehen. Ein Kopftuchverbot zu erlassen sei zum Beispiel heikel. SVP-Kollege Gilles Schorderet (Zénauva) forderte aber genau das: das Verbot von Kopfbedeckungen überhaupt, vom Kopftuch bis hin zur Dächlikappe. Der Rat folgte mit 49 zu 41 Stimmen Castellas Vorschlag und lehnte Schorderets Antrag ab.

Siggen hatte vergeblich argumentiert, dass man im Kanton keine Probleme mit religiösen Minderheiten wie den Moslems habe. Es gebe schon Regelungen, die Auswüchse verhindern. Ein Verbot sei nicht nötig, ja gar schädlich.

Markus Zosso (SVP, Schmiten) wehrte sich gegen eine gesetzliche Grundlage für die Unterstützung von Migranten-sprachen, zum Beispiel durch die Vermietung von Räumen für den Unterricht in der Familiensprache – in der Regel getragen durch die Migranten-gruppen selbst. Eine Mehrheit fand die Migrationssprachen eine Bereicherung für die Gesellschaft und lehnte den Antrag mit 17 zu 75 Stimmen ab.

Zweisprachige Kindergärten

Angenommen wurde die Förderung der Partnersprache schon im Kindergarten, eine

Elternräte:

Ein Vorschlag mit Sprengkraft

Eine wesentliche Änderung im Schulgesetz ist der aktive Einbezug der Eltern. Der Grosse Rat beschloss die Einrichtung von Elternräten, die zwar nicht mitbestimmen dürfen, aber zu schulischen Fragen angehört werden. Gabriel Kolly (SVP, Corbières) hatte den Verzicht auf Elternräte verlangt. «Sie nützen nichts», sagte er. Schulkommissionen seien für den Austausch zwischen Schule und Eltern besser geeignet. Man müsste sie einfach anpassen. Sein Antrag wurde abgelehnt. Nadia Savary (FDP, Vesin), Präsidentin des kantonalen Gemeindeverbandes, hatte davor gewarnt, die beiden Gremien gegeneinander auszuspielen. Bernhard Schafer (CSP, St. Ursen) wollte es den Gemeinden überlassen, in welcher Form sie die Eltern mitwirken lassen. «Heute bestehen viele Formen. Elternräte sind schwerfälliger.» Doch auch sein Vorschlag fand keine Mehrheit. *fa*

weitere Forderung von Olivier Suter. Er erhielt für sein Anliegen 55 Stimmen. 29 lehnten es ab. Siggen wies vergeblich auf die bereits umgesetzten Massnahmen hin. Er sei nicht gegen die Zweisprachigkeit an sich, so Siggen, aber: «Ich bin gegen die Verpflichtung, da man die Kinder nicht zur Zweisprachigkeit zwingen kann.»

Schliesslich nahm der Grosse Rat auch provisorisch eine maximale Klassengrösse zur Kenntnis. Die Erziehungsdirektion geht von 26 Kindern pro Klasse aus. Die Diskussion wird voraussichtlich morgen Freitag weitergeführt.

Drei Bürgerliche in Spital-Verwaltungsrat gewählt

Es brauche ein Gegengewicht gegen vier «Linke» im Verwaltungsrat des Spitalnetzes HFR. So das Argument der Mitte-rechts-Parteien im Grossen Rat. Mit ihrer deutlichen Mehrheit im Kantonsparlament haben sie ihre drei Vertreter in das wichtige Gremium gewählt.

FAHRETTIN CALISLAR

FREIBURG Die Positionen waren bezogen, die Kandidaten bestimmt, die Wahl von drei bürgerlichen Vertretern des Grossen Rates im Verwaltungsrat des Spitalnetzes HFR nur noch eine Formsache (siehe FN von gestern). Jetzt ist es klar: Bis Ende 2015 nehmen Yvan Hunziker (FDP, Semsales), Markus Zosso (SVP, Schmiten) und André Schoenenweid (CVP, Bürglen) im Führungsorgan des Spitals Einsitz.

Die drei Kandidaten der Mitte-rechts-Allianz erhielten je rund 60 Stimmen. Hinter ihnen klassierten sich der Vertreter der Grünliberalen Ralph Alexander Schmid (Lugnorre) mit 48 Stimmen und SP-Grossrat René Thomet (Villars-sur-Glâne) mit 38 Stimmen. André Ackermann (CVP, Corminboeuf) erhielt 31 Stimmen.

Kompetenz wichtig?

Für Laurent Thévoz (Grüne, Freiburg), Fraktionschef des Mitte-links-Bündnisses, dem

auch die GLP angehört, ist die politische Gesinnung kein Argument für eine Wahl. «Weder bei der Bestimmung der Kandidaten noch bei der Wahl selbst war die Kompetenz ein Thema», kritisierte er auf Anfrage. Die Gewählten hätten keine Erfahrung in der Führung eines grossen Unternehmens im Gesundheitsbereich. «Wenn man die Komplexität der behandelten Materie betrachtet und die Grösse des Betriebes, darf niemand einfach Verwaltungsrat spielen.»

SP-Fraktionschef Pierre Mauron (Bulle) war bestürzt, als er von der bürgerlichen Dreierkandidatur erfuhr. «Die Parteizugehörigkeit spielt eine Rolle. Aber entscheidend ist doch das Fachwissen.» Man habe einen Agrokauflmann einem Chirurg und einen TV-Elektroniker einem Pflegeheimdirektor vorgezogen. «Das ärgert mich. Man macht ja nicht den Bäcker zum Richter, sondern den Juristen.» Ein Vorwurf, den Markus Ith (FDP, Murten) nicht stehen

lassen mag. Zwar bräuchten die beiden unterlegenen Kandidaten tatsächlich einen fachlichen Rucksack mit. Doch man könne die Kompetenzfrage auch umgekehrt bei den «linken» Vertretern im Verwaltungsrat stellen. «Schauen sie, wer jetzt im Verwaltungsrat sitzt: eine Buchhändlerin, eine Juristin und ein Bauer.»

SVP-Grossrat Emanuel Waeber (St. Antoni), der Vater der Initiative «für bürgernahe Spitäler», freut sich auf den stärkeren Einfluss, den das Parlament nun auf die Entwicklung des Spitals ausüben kann. Das Volksbegehren hatte den Prozess ausgelöst, der nun zur Vertretung des Grossen Rates im Verwaltungsrat geführt hat.

CVP-Fraktionspräsident Albert Lambelet (CVP, Corminboeuf) ist mit der Wahl von Schoenenweid zufrieden. Das gemeinsame Vorgehen der drei Parteien habe sich gelohnt. Er vermutet, dass die Stimmen für seinen Parteikollegen Ackermann vornehmlich von den linken Parteien kommen.



Nicole Jegerlehner

KOMMENTAR

Reine Machtpolitik der Bürgerlichen

Die bürgerliche Mehrheit hat sich durchgesetzt: Sie hat sich alle drei Sitze im Verwaltungsrat des Freiburger Spitals HFR gesichert. Das ist reine Machtpolitik. Und es zeigt eine kurzfristige Denkweise.

Die Bürgerlichen argumentieren, im Verwaltungsrat des Spitalnetzes sei die Linke bisher übervertreten. Darum sei es nur richtig, dass nun die drei Sitze des Parlaments an bürgerliche Politiker gingen. Damit zeigen die Vertreter von CVP, BDP, SVP und FDP, dass sie ihre Aufgabe falsch verstanden haben. Gestern ging es nicht um den Gesamt-Verwaltungsrat. Gestern ging es nur um die Frage, wer das

Parlament – und damit die Freiburger Bevölkerung – im Verwaltungsrat des Spitalnetzes vertritt.

Das Kantonsparlament erhält drei Sitze im Verwaltungsrat, damit der Grosse Rat die Spitalpolitik stärker beeinflussen kann. Nun schickt das Parlament drei Bürgerliche in den Verwaltungsrat – aus einem Parlament, das zu zwei Dritteln aus bürgerlichen und zu einem Drittel aus linken Volksvertretern besteht. Damit schliessen die Bürgerlichen aus, dass Ideen und Vorschläge aller politischen Gruppierungen – entsprechend ihrem Gewicht im Parlament – in den Verwaltungsrat einfließen können.

Die bürgerlichen Parteien versuchen sich seit dem Ersatzwahlen für den Staatsrat im letzten Herbst in der überparteilichen Zusammenarbeit. Die gegenseitige Unterstützung hat nun zu einer Machtdemonstration geführt. Offensichtlich haben CVP, BDP, SVP und FDP vergessen, dass Politisieren vor allem auch bedeutet, Lösungen zu finden, die von allen Seiten getragen werden. Politik betreiben heisst, Kompromisse zu finden, die von allen mitgetragen werden. Und diese findet ein Parlament auf keinen Fall, wenn sich zwei Blöcke gegenüberstehen und sich der grössere Block in allen Bereichen rücksichtslos durchsetzt.